

Geschäftsbericht

2008



Vertreterversammlung: 08. Juli 2009

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Lagebericht	2
Jahresabschluss	
Jahresbilanz	8
Gewinn- und Verlustrechnung	12
Anhang	
Erläuterungen zur Jahresbilanz – AKTIVA	14
Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr	15
Erläuterungen zur Jahresbilanz – PASSIVA	16
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	19
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	21
Bericht des Aufsichtsrates	22
Aufsichtsrat und Vorstand	22

Überblick

Der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. betrieb im Berichtsjahr 2008 die Krankheitskosten-, die Krankenhaustagegeld-, die Krankentagegeld- sowie die Pflegekranken- und Pflegepflichtversicherung.

Versicherungsgeschäfte gegen feste Entgelte im Sinne von § 21 Abs. 2 VAG sind – mit Ausnahme der Reisekrankenversicherung – nicht abgeschlossen worden.

Der Geschäftsverlauf des Landeskrankenhilfe V.V.a.G. war im Berichtsjahr 2008 unter den gegebenen Rahmenbedingungen zufrieden stellend. Die Beitragseinnahmen konnten erneut gesteigert werden, die Zahl der Vollversicherten blieb nahezu unverändert.

Im Berichtsjahr wurden 67,2 Mio. EUR als Beitragsrückerstattung an Versicherungsnehmer ausgezahlt. Der Betrag setzt sich zusammen aus Auszahlungen für Versicherte, die für das Kalenderjahr 2007 keine Versicherungsleistungen in Anspruch genommen hatten oder deren einmaliger Erstattungsantrag niedriger als die mögliche Beitragsrückerstattung war und auf diese angerechnet wurde. Je nach Dauer der Schadenfreiheit betrug die hierfür ausgezahlte Beitragsrückerstattung in den betroffenen Tarifen bis zu 50 % eines Jahresbeitrages. In dem genannten Gesamtbetrag sind außerdem Auszahlungen in Form von Beitragsgutschriften enthalten, die für Versicherte, die an der Beitragsrückerstattung für kostenbewusstes Verhalten teilnehmen, aufgewendet wurden.

Es wurden bereits Beschlüsse gefasst, wonach auch in den Geschäftsjahren 2009 und 2010 für im jeweiligen Vorjahr schadenfrei gebliebene Versicherte eine Beitragsrückerstattung ausgezahlt wird, die bis zu 50 % des gezahlten Jahresbeitrages erreichen kann. Zusätzlich wurde für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 eine Beitragsrückerstattung bei kostenbewusstem Verhalten in Höhe von 5 % der tariflichen Beiträge der substitutiven Krankheitskostenversicherung beschlossen.

Versichertenbestand

Am 31.12.2008 waren 208.864 natürliche Personen im Rahmen einer Vollversicherung versichert (Vorjahr: 209.299). Die Gesamtzahl der versicherten natürlichen Personen betrug am Ende des Geschäftsjahres 415.695 (Vorjahr: 419.296).

Die Aufteilung des Bestandes auf die einzelnen Versicherungsarten ergibt sich aus den Angaben im Anhang.

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich von 742.603 TEUR im Jahre 2007 auf 749.396 TEUR im Jahre 2008. Die Zunahme um 6.793 TEUR entspricht einer Steigerung von 0,9 %. Geschäftsschwerpunkt war, wie auch in den Vorjahren, die Krankheitskostenvollversicherung.

Im Berichtsjahr 2008 entfielen auf	Gebuchte Bruttobeiträge	Anteil in %
- Krankheitskostenversicherungen	613.863 TEUR	81,9
- Krankentagegeldversicherungen	22.024 TEUR	2,9
- Selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	10.266 TEUR	1,4
- sonstige selbständige Teilversicherungen	54.091 TEUR	7,2
- Pflegepflichtversicherungen	48.006 TEUR	6,4
- Auslandsreisekrankenversicherungen	1.145 TEUR	0,2
	749.396 TEUR	100,0

Versicherungsgeschäftliches Ergebnis

Nach Abzug der Aufwendungen für Schäden und Kosten von der Jahresbeitragseinnahme verblieb ein versicherungsgeschäftliches Ergebnis in Höhe von 121.934 TEUR (Vorjahr: 133.840 TEUR). Ursache für den Rückgang waren gestiegene Aufwendungen für Versicherungsfälle. Auf Grundlage der verdienten Bruttobeiträge belief sich die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote auf 16,3 % (Vorjahr: 18,0 %). Diese und die im Folgenden genannten Quoten beruhen auf den vom Verband der privaten Krankenversicherung e.V. empfohlenen Berechnungsformeln.

Schadenquote

Die Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich der Regulierungsaufwendungen stiegen von 437.688 TEUR auf 471.101 TEUR. Unter Berücksichtigung der Zuführungen zu den Rückstellungen für das mit dem Alter wachsende Risiko und den aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommenen Beiträgen betrug der Schadenaufwand insgesamt 596.852 TEUR; bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge belief sich damit die Schadenquote auf 79,6 % (Vorjahr: 77,8 %).

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Abschlusskosten betragen 17.928 TEUR (Vorjahr: 18.391 TEUR). Bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge ergibt sich hieraus eine Abschlusskostenquote von 2,4 % (Vorjahr: 2,5 %).

Die sonstigen Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich auf 12.709 TEUR (Vorjahr: 12.831 TEUR); das sind 1,7 % (Vorjahr: 1,7 %) der verdienten Bruttobeiträge.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen wuchsen gegenüber dem Vorjahr um 6,3 % auf 4.069,2 Mio. EUR. Die Erträge aus den Kapitalanlagen beliefen sich im Berichtsjahr auf 197,7 Mio. EUR.

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen überstiegen die laufenden Aufwendungen für Kapitalanlagen um 175.970 TEUR (Vorjahr: 156.880 TEUR). Es ergibt sich eine laufende Durchschnittsverzinsung von 4,5 % (Vorjahr: 4,3 %). Weitere Einzelheiten in diesem Zusammenhang sind im Risikobericht dargestellt.

Überschuss

Nach Bildung der versicherungstechnischen und anderen erforderlichen Rückstellungen und nach Buchung von Abschreibungen und Steuern schließt das Geschäftsjahr mit einem Überschuss in Höhe von 75.452.225,70 EUR (Vorjahr: 134.473.754,45 EUR) ab. Dieser Überschuss wurde unter Beachtung der satzungsmäßigen Bestimmungen wie folgt verwendet:

Zuweisung zur Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	2.489.000,00 EUR
Zuweisung zu anderen Rücklagen	10.011.000,00 EUR
Zuführung zur erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung	62.952.225,70 EUR

Daneben beliefen sich die Zuführungen zur Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung auf 4.271 TEUR (Vorjahr: 13.387 TEUR). Sie sind hinsichtlich ihrer Zusammensetzung im Anhang aufgegliedert.

Unter Berücksichtigung der Zuführungen und Entnahmen betrug die gesamte RfB 417.093 TEUR (Vorjahr: 467.231 TEUR). Die RfB-Quote, welche die erfolgsabhängige RfB zuzüglich der poolrelevanten RfB aus der Pflegepflichtversicherung an den verdienten Bruttobeiträgen misst, beträgt 55,5 % (Vorjahr: 62,0 %).

Die Überschussverwendungsquote, die sich aus dem Verhältnis der Zuführungen zur erfolgsabhängigen RfB und zur poolrelevanten RfB sowie der gemäß § 12 a VAG für Beitragsentlastungsmaßnahmen im Alter gutgeschriebenen Beiträge zum Rohergebnis nach Steuern ergibt, beläuft sich auf 84,3 % (Vorjahr: 84,2 %).

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen nach Schluss des Geschäftsjahres nicht vor.

Risikomanagement und Risiken der künftigen Entwicklung

Als Versicherungsunternehmen verfügt der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. aufgrund der für die Versicherungswirtschaft bestehenden gesetzlichen Vorschriften über ein wirkungsvolles Risikomanagementsystem, mit welchem die Risiken der künftigen Entwicklung im Sinne des 1998 in Kraft getretenen Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) frühzeitig erkannt und durch Auslösung geeigneter Steuerungsmaßnahmen beherrschbar gemacht werden. Dieses Überwachungssystem wird fortlaufend an veränderte Verhältnisse angepasst und unter Berücksichtigung der Entwicklungen in der Gesetzgebung weiter ausgebaut. So nahm der Gesetzgeber im Vorgriff auf Solvency II in die am 01. Januar 2008 in Kraft getretene Novelle des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) neue Bestimmungen zum Risikomanagement und zur Risikoberichterstattung bei Versicherungsunternehmen in das VAG auf. Der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. unterhält ein auf den gesetzlichen Vorgaben aufbauendes adäquates Risikomanagementsystem und hat im Unternehmen Prozesse eingerichtet, mit denen die wesentlichen Risiken, denen ein Versicherungsunternehmen ausgesetzt ist, identifiziert, analysiert, bewertet, gesteuert und überwacht werden. Jedoch setzen die zunehmende Komplexität und Dynamik des Unternehmens-Umfeldes jedem Risikomanagement Grenzen, so dass es letzte Sicherheit nicht geben kann und wird.

Der Risikobericht erfolgt auf der Basis der für das Unternehmen maßgeblichen Kalkulations- und Bilanzierungsvorschriften und ist in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard 5-20 aufgebaut. Nach einer Darstellung der Aufgaben, der Organisation und der wesentlichsten Instrumente der Risikoüberwachung und Risikosteuerung werden die bedeutsamsten Risikofelder und die zugehörigen wichtigsten Steuerungsmaßnahmen erläutert. Schließlich wird die Risikolage des Landeskrankenhilfe V.V.a.G. zusammenfassend dargestellt.

1. Aufgaben, Organisation und wesentlichste Instrumente

Grundlage des Risikomanagementsystems ist die vorhandene Aufbau- und Ablauforganisation des Unternehmens. Hierauf aufbauend ist ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewesen der einzelnen Funktionsbereiche eingerichtet, welches eine effektive Steuerung des Unternehmens ermöglicht. Das Berichts- und Meldewesen obliegt den Mitarbeitern des Unternehmens. Für das Kontrollwesen und das Risikomanagement zuständig sind die Mitglieder des Vorstands, die Verantwortlichen aller Funktionsbereiche sowie der Risikomanager. Die aus den einzelnen Funktionsbereichen resultierenden Wahrnehmungen werden im zentralen Risikomanagement zusammengeführt und bewertet. Dabei wird ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt mit dem Ziel, wechselseitige Bezüge zwischen den aktiv- und passivseitigen Risiken sowie den strategischen und operationalen Risiken zu analysieren und zu steuern. Werden dabei unerwünschte oder ungünstige Entwicklungen erkennbar, werden erforderlichenfalls Steuerungsmaßnahmen zur Bewältigung der jeweiligen Risiken ausgelöst. Zur Vorbereitung risikobezogener Entscheidungen und Maßnahmen sowie zur Gewährleistung der Erfüllung von Anforderungen an die Risikoberichterstattung dient die Risikokonferenz, die unter Federführung des für das Risikomanagement zuständigen Vorstandsmitgliedes regelmäßig und darüber hinaus bei besonderem Bedarf zusammentritt. Die Teilnehmer der Risikokonferenz stellen auf diese Weise die Risikokommunikation zwischen der Ebene des Vorstands und dem Risikomanager her.

Dem Vorstand obliegt die unternehmensweite, ressortübergreifende Planung, Steuerung und Kontrolle aller Risikofelder. Er ist einzuschalten bei Maßnahmen, welche das Risikokapital erheblich verändern können, bei ressortübergreifenden geschäftlichen Maßnahmen sowie bei den strategischen und operationalen Risiken, die sich auf die Reputation des Unternehmens negativ auswirken können. Die Verantwortlichen der einzelnen Funktionsbereiche identifizieren, analysieren, steuern und überwachen fortlaufend die Risiken in ihrem jeweiligen Bereich. Sie werden dabei vom Risikomanager unterstützt. Die Grundlage für den Umgang mit ihren Risiken bilden Vorgaben und Entscheidungen des Vorstands und des Risikomanagers, die sich aus der jeweiligen Risikopolitik des Unternehmens ergeben.

2. Bedeutsamste Risikofelder und wichtigste Steuerungsmaßnahmen

Veränderungen sozialpolitischer und rechtlicher Rahmenbedingungen

Das für einen privaten Krankenversicherer in der Bundesrepublik Deutschland wohl bedeutsamste Risikofeld sind Veränderungen in den sozialpolitischen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit. Bereits in der Vergangenheit wurden Eingriffe in die sozialen Sicherungssysteme vorgenommen, die eine Erschwerung der Zugangsmöglichkeiten zur privaten Krankenversicherung zur Folge hatten. Nach der deutlichen Heraufsetzung der Versicherungspflichtgrenze zu Beginn des Jahres 2003 und den seitherigen weiteren Erhöhungen wurde mit Inkrafttreten des „Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung“ (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz – GKV-WSG) für Angestellte der Zugang zur privaten Krankenversicherung auch im Geschäftsjahr 2008 erschwert. Erst bei Überschreitung der Versicherungspflichtgrenze in drei aufeinanderfolgenden Jahren ist ein Wechsel aus der gesetzlichen zur privaten Krankenversicherung möglich. Dieses Festhalten von Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung führt zu einer Verengung des Marktes der privaten Krankheitskostenvollversicherung und somit zu einer spürbaren Verzerrung des Wettbewerbs zu Gunsten der gesetzlichen Krankenkassen im Wettbewerb mit der privaten Krankenversicherung. Diese Wettbewerbsverzerrung kann durch eine verstärkte Hinwendung auf das wesentlich kleinere Marktsegment der Zusatzversicherung wirtschaftlich nicht kompensiert werden. Erschwerend kommt hinzu, dass die gesetzlichen Krankenkassen Wahl- und Zusatztarife zu wesentlich leichteren Bedingungen anbieten können, denn sie brauchen im Gegensatz zur privaten Krankenversicherung weder Steuern zu zahlen noch entsprechendes Eigenkapital vorzuhalten. Zusätzlich bergen die Angebote der gesetzlichen Krankenkassen für die Versicherten erhebliche Risiken, da sie kein dauerhaftes Leistungsversprechen bieten, wie es in der privaten Krankenversicherung durch den Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht typischerweise gegeben wird.

Zum 01.01.2009 wurde durch die Bundesregierung der einheitliche Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 15,5 % festgelegt, der im Rahmen des Konjunkturpakets II ab Juli 2009 wieder auf 14,9 % gesenkt wird. Diese Beitragssubvention stellt eine weitere Wettbewerbsverzerrung dar, da sie mit Steuergeldern finanziert werden wird, die die privat Krankenversicherten in vollem Umfang mitzutragen haben, ohne dass sie dafür Gegenleistungen erhalten.

Die Pflicht zum Angebot eines Basistarifs, für den keine risikogerechten Prämien erhoben werden dürfen, sowie die vorgesehene Übertragbarkeit von Alterungsrückstellungen im Umfang dieses Basistarifs führt zu höheren Prämien und zusätzlichen Aufwendungen, die in den bisherigen Kalkulationsvorschriften nicht vorgesehen waren, und schränkt damit den Wettbewerb mit der gesetzlichen Krankenversicherung weiter ein. Mit der Einführung des Basistarifs und im Zusammenhang mit der Mitgabe von Alterungsrückstellungen waren nicht zuletzt hohe Entwicklungs- und Einführungskosten verbunden.

In Vorbereitung auf die Aufsichtsstandards von Solvency II wurden durch den Gesetzgeber für das Risikomanagement und die Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen Vorgaben gemacht, die mit den Mindestanforderungen an das Risikomanagement in Versicherungsunternehmen (MaRisk) durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in 2009 weiter konkretisiert und danach in das bestehende Risikomanagement integriert wurden.

Den hier dargestellten Risiken begegnet das Unternehmen durch aktive Mitarbeit in Verbänden und Gremien, durch Teilnahme an der politischen Diskussion, durch rechtzeitige Umsetzung und frühzeitige Folgenabschätzung von geplanten Änderungen.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnischen Risiken resultieren hauptsächlich aus der medizinisch-technischen Entwicklung, die einerseits zu einer Verlängerung der Lebenserwartung der Versicherten und andererseits sowohl zur Verbesserung bestehender als auch zur Entwicklung neuer, teilweise kostenaufwendiger Behandlungsmethoden führt. Das kann einen mit dem Lebensalter stärker ansteigenden Bedarf an Versicherungsleistungen sowie eine längere Versicherungsdauer für die Versicherten zur Folge haben. Aus dem Gesundheitswesen ergeben sich Risiken aus der Veränderung der für die private Krankenversicherung maßgeblichen Rahmenbedingungen, wie sie beispielsweise durch die Einführung von Fallpauschalen für bestimmte Krankenhausbehandlungen vorgenommen worden sind. Hinzu kommen eventuelle Veränderungen der Verhaltensweisen der Versicherten und der Leistungserbringer. Aus den genannten Risikobereichen ergibt sich das Risiko im Zeitverlauf ansteigender Versicherungsleistungen.

Dem wird seitens des Unternehmens durch eine eingehende Prüfung und vorsichtige Zeichnungspolitik der Versicherungsanträge, durch Bildung ausreichender versicherungstechnischer Rückstellungen sowie durch eine laufende Überwachung der Ausgaben für Erstattungsleistungen und durch eine regelmäßige Gegenüberstellung von tatsächlich erbrachten und kalkulatorisch berücksichtigten Erstattungsleistungen Rechnung getragen. Die Veränderung der Lebenserwartung wird von den privaten Krankenversicherungsunternehmen gemeinsam dadurch überwacht, dass die Unternehmen über den Verband der privaten Krankenversicherung e.V. und die Deutsche Aktuarvereinigung regelmäßig aktuelle Sterblichkeitsuntersuchungen durchführen. An diese Überprüfung der verwendeten Rechnungsgrundlagen schließt sich erforderlichenfalls das gesetzlich festgelegte Verfahren zur Anpassung von Beiträgen an.

Eine solide und gemäß den gesetzlichen Vorschriften unter Verwendung ausreichender Sicherheiten vorgenommene Kalkulation der Tarife, eine nachhaltige Überschussverwendungspolitik sowie eine kostensparende Betriebsführung stellen sicher, dass zufallsbedingt höheren Leistungsaufwendungen begegnet werden kann.

In der Krankenversicherung wird die Deckungsrückstellung nach einzelvertraglichen Daten für das Kollektiv berechnet. Kann der für die Berechnung verwendete Rechnungszins nachhaltig nicht erwirtschaftet werden, muss für das Neugeschäft und den Bestand anlässlich von Beitragsanpassungen eine Änderung erfolgen. Solange bis anlässlich einer Beitragsanpassung eine Änderung erfolgen kann, belastet die Bildung der Deckungsrückstellung gemäß dem jeweils noch gültigen Rechnungszins die Ertragslage. Ist die Anpassung des Rechnungszinses dann erfolgt, kann dies allerdings die Wettbewerbsfähigkeit beeinflussen. Die dauerhafte Erfüllbarkeit des verwendeten Rechnungszinses wird im Rahmen des Kapitalanlagecontrollings und unter Einsatz von Prüfverfahren, die von der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. entwickelt wurden, überwacht. Darüber hinaus wird der Einfluss des Zinsänderungsrisikos dadurch begrenzt, dass die zukünftigen Zahlungsströme aus Prämien, Kapitalerträgen und Verpflichtungen sorgfältig aufeinander abgestimmt werden.

Die Risiken des Ausfalls von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft bestehen darin, dass Rückversicherer, Versicherungsnehmer oder Versicherungsvermittler ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Unternehmen nicht erfüllen. Zur Steuerung der Liquiditäts- und Ausfallrisiken werden sämtliche Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung analysiert und laufend überwacht. Zur Risikovorsorge sind bereits pauschale Wertberichtigungen auf den Forderungsbestand gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern vorgenommen worden, die auf Erfahrungswerten der Vergangenheit beruhen. Abrechnungsforderungen gegen Rückversicherer bestanden am Bilanzstichtag nicht.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen erfolgen im Rahmen der bestehenden Anlagevorschriften unter sorgfältiger Auswahl der einzelnen Anlagen. Für sie sind die Risiken aus der Zins- und Kursentwicklung an den Finanzmärkten von besonderer Bedeutung. Diese werden durch eine breite Mischung nach Anlagearten und eine ausgewogene Streuung nach Schuldnern mit hoher Bonität vermindert. Bei den vom Unternehmen aufgelegten Spezialfonds handelt es sich um Aktien- und Rentenfonds sowie um so genannte gemischte Fonds, die sowohl festverzinsliche Wertpapiere als auch Aktien enthalten. Für jeden Spezialfonds besteht ein Anlageausschuss, der die Anlagerichtlinien für das jeweilige Fondsmanagement formuliert und deren Einhaltung fortlaufend überwacht. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente ist den Fondsmanagements nur in streng begrenztem Umfang zur Absicherung konkreter Geschäfte gestattet.

Die Entwicklung an den Finanzmärkten und die Auswirkungen auf die Wertentwicklung der Vermögensanlagen werden laufend unter dem Gesichtspunkt der Risikotragfähigkeit des Unternehmens überprüft. Das Geschäftsjahr 2008 war infolge der weltweiten Finanzmarktkrise von massiven Kurseinbrüchen an den Aktienmärkten und einer deutlichen Absenkung der Zinsstrukturkurve gepaart mit volatilen Credit Spreads geprägt. Dies hat bei Spezialfonds sowohl zu Aufwendungen für Abschreibungen als auch zu Zuschreibungen zur Wertaufholung geführt. Der Anteil komplexer Kreditinvestments, sogenannter Asset Backed Securities, an den gesamten Kapitalanlagen liegt unter 0,5 %. Die betreffenden Anleihen weisen mit einem Rating von AAA die höchste Bonität auf und zeichneten sich im Jahr 2008 durch einen Wertzuwachs aus. Abschreibungen aufgrund von Ausfällen von Schuldnern waren nicht notwendig. Die Buchwerte der Rentenbestände bestehen zu mehr als 99 % aus einlagengesicherten Titeln, aus öffentlichen Anleihen oder aus Titeln, die mindestens ein Investmentgrade-Rating von A oder besser besitzen. Bei den Buchwerten der übrigen Rentenbestände handelt es sich im wesentlichen um einen nicht gerateten Titel der J.P. Morgan AG, Frankfurt am Main, der eine vergleichbar hohe Bonität besitzt und weder in der Vergangenheit noch für die Zukunft Zahlungsprobleme erkennen lässt. Auf Grund des Geschäftsmodells und einer sorgfältigen Liquiditätsplanung unterliegt der Landeskrankenhilfe V.V.a.G keinem Liquiditätsrisiko. Insgesamt ergibt sich eine Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 2,0 %. Gleichwohl war die Erfüllung der versicherungsvertraglichen Verzinsungsverpflichtungen nicht gefährdet, da einerseits nicht alle versicherungstechnischen Rückstellungen zu verzinsen sind, die sie bedeckenden Kapitalanlagen jedoch gleichwohl Zinserträge erbrachten und andererseits andere Gewinnquellen herangezogen werden konnten. Die laufende Durchschnittsverzinsung, die Einmaleffekte, wie außerordentliche Ab- und Zuschreibungen, nicht berücksichtigt und somit als Kennzahl für die langfristige Erfüllung von Versicherungsverpflichtungen besser geeignet ist, betrug im Geschäftsjahr 2008 4,5 %.

Operationale Risiken

Operationale Risiken treten im Zusammenhang mit den betrieblichen Abläufen auf. Von Bedeutung sind vor allem technische, rechtliche und personenbezogene Risiken, die sich aus der Anwendung gesetzlicher Bestimmungen, der Rechtsprechung und Verwaltungsanordnungen ergeben. Sie werden fortlaufend überwacht und im Hinblick auf eventuelle bilanzielle Konsequenzen überprüft. Zur Risikobegrenzung im Bereich der Informationstechnologie werden fortlaufend Maßnahmen entwickelt und ergriffen, mit denen eine größtmögliche Verfügbarkeit der eingesetzten Hard- und Softwaresysteme sowie Sicherheit und Schutz der Daten erreicht werden kann. Rechtliche Risiken, die mit dem Ausgang von Prozessen zusammenhängen und wesentlichen Einfluss auf die Finanz- und Ertragslage des Unternehmens haben könnten, bestehen derzeit nicht.

Sonstige Risiken

Die Ausstattung mit Eigenmitteln entspricht den aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Solvabilitätsspanne ist zu mehr als 450 % mit Eigenmitteln bedeckt. Die auf die verdienten Bruttobeiträge bezogene Eigenkapitalquote beläuft sich auf 24,8 %.

Die Europäische Kommission verfolgt mit dem Projekt Solvency II das Ziel, den Versicherungsunternehmen eine risikobasierte Kapitalausstattung vorzugeben. Das könnte im Vergleich zu den derzeit maßgeblichen Solvabilitätsanforderungen zu einem höheren Bedarf an Sicherheitskapital führen. Das Unternehmen bereitet sich auf die künftigen Anforderungen, soweit sie absehbar sind, vor. Mit der vorhandenen, mehrfachen Bedeckung der Solvabilitätsspanne sind bereits Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der künftigen Vorgaben geschaffen.

3. Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Im Ergebnis sind aus Sicht des Unternehmens gegenwärtig keine konkreten Entwicklungen zu erkennen, die den Fortbestand des Landeskrankenhilfe V.V.a.G. sowie die dauernde Erfüllung der Versicherungsverträge ernsthaft gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens nachhaltig beeinträchtigen könnten. Die Risikosituation wird als kontrolliert und vom Unternehmen tragbar angesehen.

Allgemeine Angaben

Für die Reisekrankenversicherung besteht ein Rückversicherungsvertrag. Außerdem besteht mit zwei weiteren Rückversicherern ein Überschaden-Ausgleichsvertrag. Haftungsverhältnisse oder Verbindlichkeiten der in § 251 des Handelsgesetzbuches genannten Art bestehen nicht. Aufgrund der Regelungen in den §§ 124ff VAG sind Krankenversicherer zur Mitgliedschaft an einem Sicherungsfonds verpflichtet. Dieser kann zusätzlich zur laufenden Beitragsverpflichtung Sonderbeiträge bis zur Höhe von 2 Promille der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben. Daraus könnte sich für den Landeskrankenhilfe V.V.a.G. eine eventuelle künftige Zahlungsverpflichtung von 7.881.831,18 EUR ergeben. Im Zusammenhang mit der Rettungsaktion der Hypo Real Estate Gruppe, an der sich die gesamte Versicherungswirtschaft beteiligte, hat der Landeskrankenhilfe V.V.a.G eine Rückgarantie in Höhe von 15.061.000,00 EUR übernommen.

Mitgliedschaften

Der Verein ist Mitglied des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., Berlin, des Verbandes der privaten Krankenversicherung e.V., Köln, des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen in Deutschland e.V., München, der Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit e.V., Hannover, des Berufsbildungswerks der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., München, der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V., Köln, und des Verbandes des Niedersächsischen Landvolkes e.V.

Zusammenarbeit

Die enge Zusammenarbeit mit dem Landeslebenshilfe V.V.a.G. hat im Berichtsjahr weiterhin bestanden. Wechselseitig erbrachte Leistungen wurden gemäß Abkommen vom 9. März 1977 abgerechnet.

Chancen der künftigen Entwicklung und Ausblick

Die private Krankheitskostenvollversicherung ist aufgrund ihrer Beitragskalkulation nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren in der Lage, im Bereich des Gesundheitswesens die Risiken der demografischen Entwicklung zu verringern und damit weitaus besser zu steuern als dies die gesetzliche Krankenversicherung mit ihrem Umlageverfahren kann. Das zentrale Problem besteht darin, dass durch die Verlängerung der Lebenserwartung der Bevölkerung, durch die Veränderung der Altersstruktur der Versichertengemeinschaften und durch die erfreulicherweise weiterhin zu erwartenden medizinischen Innovationen gleich drei Einflussfaktoren gegeben sind, die auch für die Zukunft weiter ansteigende Gesamtaufwendungen für die Gesundheitsversorgung in Deutschland erwarten lassen. Dieses Problem wird durch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz nicht gelöst, sondern zusätzlich auf den Bereich der Wahl- und Zusatztarife ausgeweitet. Daher ist auch künftig in der gesetzlichen Krankenversicherung mit weiter steigenden Beiträgen oder weiteren Leistungskürzungen, erfahrungsgemäß mit einer Kombination aus beiden Maßnahmen zu rechnen. Seit dem 01.01.2009 legt die Bundesregierung ohne Zustimmung des Bundesrates den allgemeinen Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung fest. Der Beitragssatz wurde zunächst auf 15,5 % festgelegt. Die sich hierdurch ergebenden Chancen im Wettbewerb werden jedoch beeinträchtigt, da bereits zum 01.07.2009 ein aus Steuermitteln subventionierter Beitragssatz von 14,9 % beschlossen wurde. Die weiterhin bestehende dreijährige Festhaltefrist für Angestellte in der GKV wird sich auch in den kommenden Jahren auf das Neugeschäft der Vollversicherung negativ auswirken. Diesen Herausforderungen begegnen wir dadurch, dass wir unser bewährtes Tarifwerk um weitere Tarifgruppen ergänzt haben. Die Versicherten können nun wählen zwischen umfangreichen und erstklassigen Leistungen in unserem TOP-Schutz, hochwertigen Leistungen mit individuellen Schwerpunkten in unserem bewährten Privat-Schutz oder einem Grund-Schutz zu günstigem Preis. Mit unseren maßgeschneiderten Ergänzungsleistungen können wir zusätzlich individuell auf die Wünsche unserer Mitglieder eingehen.

Die vielfach als Chance hingestellte verbesserte Wechsellmöglichkeit von Versicherten zwischen verschiedenen privaten Krankenversicherern birgt bei genauer und sorgfältiger Betrachtung vielmehr ein erhebliches Risiko in sich. Es besteht darin, dass der Gesetzgeber auch den bestehenden Versicherungsverträgen für einen begrenzten Zeitraum einen so genannten Übertragungswert als neue Leistung anlässlich des Ausscheidens beigelegt hat, der für diese Verträge bei der Beitragskalkulation seinerzeit nicht berücksichtigt werden konnte und über dessen Finanzierung das Gesetz keine weiteren Maßgaben enthält. Insofern besteht neben einem entsprechenden Verlustrisiko auch das Risiko der Entmischung von Beständen.

Dank unserer soliden Finanzausstattung, insbesondere unseres Eigenkapitals und der freien Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung, sowie unserer Risikohaltung zeigt sich auch unter den gegenwärtigen Bedingungen und aktuellen Entwicklungen, dass der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet ist.

Dank

Wir danken den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen sowie der Mitgliedervertretung und dem Aufsichtsrat für die konstruktive Zusammenarbeit. Unser Dank gilt ferner den Vertriebspartnern sowie allen Mitarbeitern des Außen- und Innendienstes, die durch ihren vorbildlichen Arbeitseinsatz dazu beigetragen haben, die Vielzahl der Aufgaben zu erfüllen.

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2008

Aktiva	2008		2007
	EUR	EUR	EUR
A. Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks			
			-,- -
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			2.494.622,00
		2.353.804,00	
C. Kapitalanlagen			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken			13.704.136,82
		13.172.867,82	
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		-,- -	-,- -
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		-,- -	-,- -
3. Beteiligungen		6.275.762,79	6.017.762,79
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		7.000.000,00	7.000.000,00
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		1.666.557.092,32	1.755.656.665,38
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		22.905.000,00	30.790.500,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		3.115.817,96	3.324.250,76
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	429.248.421,39		449.595.312,50
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.171.363.160,99		1.344.991.682,07
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	-,- -		-,- -
d) übrige Ausleihungen	-,- -	1.600.611.582,38	-,- -
5. Einlagen bei Kreditinstituten		749.586.743,76	218.215.947,74
6. Andere Kapitalanlagen		-,- -	-,- -
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			-,- -
			4.069.224.867,03
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen			-,- -
			-,- -

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2008

Aktiva	2008		2007
	EUR	EUR	EUR
E. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1. Versicherungsnehmer	2.282.690,78		1.047.015,26
2. Versicherungsvermittler	1.527.709,72		1.006.570,57
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	-,- -	3.810.400,50	-,- -
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		-,- -	-,- -
III. Sonstige Forderungen		18.250.507,23	22.060.907,73
			3.043.169,47
F. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte		8.830.868,00	9.573.356,08
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		1.225.772,74	1.172.012,40
III. Eigene Anteile Nennwert bzw. rechnerischer Wert: -,- - EUR		-,- -	-,- -
IV. Andere Vermögensgegenstände		-,- -	-,- -
			10.056.640,74
G. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		43.427.430,64	45.375.792,20
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		1.413.159,03	672.874,75
H. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB			
			327.037,00
			4.119.471,00
Summe der Aktiva		4.148.863.846,17	3.897.801.141,79

Gemäß § 73 VAG bestätige ich, dass das in der Bilanz zum 31.12.2008 eingestellte Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Lüneburg, den 24. April 2009

Der Treuhänder

Tödter

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2008

Passiva	2008			2007
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Gründungsstock		-,- -		-,- -
II. Kapitalrücklage		-,- -		-,- -
III. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	73.163.000,00			70.674.000,00
2. Rücklage für eigene Anteile	-,- -			-,- -
3. satzungsmäßige Rücklagen	-,- -			-,- -
4. andere Gewinnrücklagen	112.337.000,00	185.500.000,00		102.326.000,00
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		-,- -	185.500.000,00	-,- -
B. Genussrechtskapital			-,- -	-,- -
C. Nachrangige Verbindlichkeiten			-,- -	-,- -
D. Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 52 Abs. 16 Satz 3 EStG			-,- -	-,- -
E. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	35.928,43			62.899,58
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	35.928,43		-,- -
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	3.362.730.356,96			3.074.204.572,55
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	3.362.730.356,96		-,- -
III. Rückstellung für noch nicht abge- wickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	160.664.409,68			152.483.164,08
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	160.664.409,68		-,- -
IV. Rückstellung für Beitragsrückerstattung				
1. erfolgsabhängige				
a) Bruttobetrag	396.405.509,12			428.160.471,40
b) davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	396.405.509,12		-,- -
2. erfolgsunabhängige				
a) Bruttobetrag	20.687.373,05			39.070.316,55
b) davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	20.687.373,05		-,- -
		417.092.882,17		
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		-,- -		-,- -
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	392.013,45			432.818,99
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	392.013,45	3.940.915.590,69	-,- -

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2008

Passiva

	2008		2007
	EUR	EUR	EUR
F. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird			
			-,- -
G. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		9.501.600,04	9.289.558,22
II. Steuerrückstellungen		190.698,31	7.424.968,00
davon:			
Rückstellung für voraussichtliche Steuerbelastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 1 HGB: -,- EUR (Vorjahr: -,- EUR)			
III. Sonstige Rückstellungen		<u>733.851,69</u>	10.426.150,04
			843.697,98
H. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			
			-,- -
I. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern	1.791.938,97		1.879.359,17
2. Versicherungsvermittlern	1.176.519,58		739.414,97
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	-,- -		-,- -
4. Mitversicherungsunternehmen	-,- -	2.968.458,55	-,- -
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		9.038,45	9.292,95
III. Anleihen			
davon konvertibel : -,- - EUR		-,- -	-,- -
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		-,- -	-,- -
V. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>9.030.444,38</u>	12.007.941,38
davon:			
aus Steuern: 7.733.688,33 EUR (Vorjahr: 9.249.845,11 EUR) im Rahmen der sozialen Sicherheit: 1.411,53 EUR (Vorjahr: -,- EUR)			10.181.697,99
K. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>14.164,06</u>
			18.909,36
Summe der Passiva		<u>4.148.863.846,17</u>	<u>3.897.801.141,79</u>

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter der Position E. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung (Alterungsrückstellung) nach § 341 f HGB sowie unter Beachtung der versicherungsmathematischen Methoden nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 VAG berechnet worden ist.

Lüneburg, den 24. April 2009

Verantwortlicher Aktuar

Prof. Dr. Zachow

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008

	2008			2007
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	749.395.564,41			742.603.336,74
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>-57.261,64</u>	749.338.302,77		-60.618,01
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	26.971,15			2.465,25
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	<u>-,-</u>	<u>26.971,15</u>	749.365.273,92	<u>-,-</u>
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			50.128.095,43	78.216.073,57
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		877.880,00		116.080,00
davon:				
aus verbundenen Unternehmen -,- EUR				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon:				
aus verbundenen Unternehmen -,- EUR				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.303.859,82			1.294.004,99
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	<u>175.265.273,75</u>	176.569.133,57		157.005.584,76
c) Erträge aus Zuschreibungen		20.249.460,92		2.666.242,79
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-,-		23.008,13
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		-,-		-,-
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderposten mit Rücklageanteil		<u>-,-</u>	197.696.474,49	<u>-,-</u>
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			-,-	-,-
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			710.435,06	555.022,78
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	462.919.358,41			420.454.306,92
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>-34.201,75</u>	462.885.156,66		-17.806,87
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	8.181.245,60			17.233.966,79
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>-,-</u>	<u>8.181.245,60</u>	471.066.402,26	<u>-,-</u>
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	288.525.784,41			329.856.520,84
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>-,-</u>	288.525.784,41		<u>-,-</u>
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		<u>-42.005,54</u>	288.483.778,87	-147.516,01
8. Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung				
a) erfolgsabhängige		62.952.225,70		109.473.754,45
b) erfolgsunabhängige		<u>4.270.954,14</u>	67.223.179,84	13.386.837,34

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008

	2008		2007
	EUR	EUR	EUR
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Abschlussaufwendungen	17.927.658,20		18.391.359,37
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>12.708.751,37</u>	30.636.409,57	12.831.139,76
c) davon ab:			
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>-,-</u>	-,-
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		946.194,63	1.004.247,06
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		117.765.802,98	12.967.533,72
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-,-	-,-
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		-,-	-,-
e) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil		<u>-,-</u>	-,-
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			-,-
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			<u>2.346.006,92</u>
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			44.640.850,71
			20.172.732,89
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge		410.149,75	391.831,46
2. Sonstige Aufwendungen		<u>2.695.704,08</u>	<u>2.385.214,06</u>
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			42.647.468,11
4. Außerordentliche Erträge		-,-	-,-
5. Außerordentliche Aufwendungen		<u>-,-</u>	-,-
6. Außerordentliches Ergebnis			-,-
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		5.323.385,67	17.583.319,66
8. Sonstige Steuern		<u>63.792,89</u>	64.148,45
9. Erträge aus Verlustübernahme		-,-	-,-
10. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		<u>-,-</u>	<u>-,-</u>
11. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			25.000.000,00
			12.500.000,00
12. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			-,-
13. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			-,-
14. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			-,-
15. Entnahmen aus Genussrechtskapital			-,-
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		2.489.000,00	3.261.000,00
b) in die Rücklage für eigene Anteile		-,-	-,-
c) in die satzungsmäßigen Rücklagen		-,-	-,-
d) in die anderen Rücklagen		<u>10.011.000,00</u>	21.739.000,00
17. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals			-,-
18. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			<u>-,-</u>

Der Jahresabschluss 2008 wurde nach den Vorschriften des VAG, des HGB/AktG sowie der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) erstellt.

Erläuterungen zur Jahresbilanz**AKTIVA****Zu B. Immaterielle Vermögensgegenstände**

Der Posten enthält ausschließlich gegen Entgelt erworbene Individual- und Standardsoftware. Die immateriellen Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungskosten nach Abzug der linearen Abschreibungen bewertet.

Zu C. Kapitalanlagen

Der Grundbesitz steht mit den um die steuerlich zulässigen Abschreibungen verminderten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zu Buch. Der Bilanzwert der vom Unternehmen im Rahmen seiner eigenen Geschäftstätigkeit genutzten Grundstücke und Bauten beträgt 6.726.912,14 EUR. Eine Beteiligung, die gemäß Gesellschaftervereinbarung in Folgejahren im Rahmen zukünftiger Kapitalanlageinvestitionen eine Kapitaleinlageverpflichtung in Höhe von 0,5 Mio. EUR vorsieht, ist mit den Anschaffungskosten bewertet.

Aktien, Investmentanteile und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet, sofern sie nicht entsprechend vorliegender Beschlüsse dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen sollen und deshalb gemäß § 341 b HGB dem Anlagevermögen zugeordnet wurden. Im letzteren Fall wurden sie nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 HGB bzw. erhöht um Zuschreibungen nach § 280 Abs. 1 HGB, bewertet. Wurden bei den betreffenden Vermögensgegenständen in den Vorjahren Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB vorgenommen und stellte sich heraus, dass die Gründe dafür nicht mehr bestehen, so wurde der Betrag dieser Abschreibung im Umfang der Werterhöhung zugeschrieben. Es wurden danach Zuschreibungen nach § 280 Abs. 1 HGB in Höhe von 20,2 Mio. EUR vorgenommen. Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 HGB wurden in Höhe von 109,0 Mio. EUR vorgenommen.

Gemäß § 285 Abs. 1 Nr. 19 HGB beträgt der für Investmentanteile anzugebende Buchwert 111,5 Mio. EUR. Der entsprechende Zeitwert beläuft sich auf 111,4 Mio. EUR. Abschreibungen unterblieben insoweit, als dass sie sich im Wertaufhellungszeitraum als nicht werthaltig erwiesen haben.

Für Grundstücke und Bauten erfolgte die Ermittlung der Zeitwerte nach dem Ertragswertverfahren auf der Basis der Verhältnisse für 2008. Der Zeitwert der Beteiligungen wurde wegen untergeordneter Bedeutung und geringer Einflussnahme mit den Anschaffungskosten angesetzt. Der Zeitwert der übrigen Kapitalanlagen wurde entsprechend § 56 Abs. 2 RechVersV ermittelt.

Die Angabe der Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV erfolgt in der nachfolgenden Darstellung Entwicklung der Aktivposten B., C. I. bis III. im Geschäftsjahr 2008.

Die Gesamtsumme der fortgeführten Anschaffungskosten der Kapitalanlagen beträgt 4.069.212.264,20 EUR, die Summe der Zeitwerte 4.170.513.669,29 EUR. Hieraus ergeben sich stille Reserven in Höhe von 101.301.405,09 EUR.

Zu E. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind mit dem Nennwert ausgewiesen. Die Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern wie gegenüber Versicherungsvermittlern wurden für zu erwartende Ausfälle aufgrund von Erfahrungswerten um eine pauschale Wertberichtigung gekürzt.

Zu G. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

EUR

a)	Agio Namensschuldverschreibungen	1.500,03
b)	Agio Schuldscheinforderungen und Darlehen	-, --
c)	Übrige	1.411.659,00
		1.413.159,03

Zu H. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gem. § 274 Abs. 2 HGB

Die Steuerabgrenzung wurde aufgrund steuerlich abweichender Wertfeststellungen bei Kapitalanlagen gebildet.

Entwicklung der Aktivposten B., C. I. bis III. im Geschäftsjahr 2008

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	Zuschrei- bungen EUR	Abschrei- bungen EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr EUR	Zeitwerte Geschäftsjahr EUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände								
1. Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs nach § 269 Abs. 1 Satz 1 HGB	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
2. entgeltlich erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
3. sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	2.494.622,00	637.566,18	-,-	-,-	-,-	778.384,18	2.353.804,00	-,-
4. Summe B.	2.494.622,00	637.566,18	-,-	-,-	-,-	778.384,18	2.353.804,00	-,-
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten								
einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	13.704.136,82	-,-	-,-	-,-	-,-	531.269,00	13.172.867,82	19.252.056,32
C II. Kapitalanlagen in verb. Unternehmen und Beteiligungen								
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
3. Beteiligungen	6.017.762,79	258.000,00	-,-	-,-	-,-	-,-	6.275.762,79	6.275.762,79
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.000.000,00	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	7.000.000,00	7.694.246,27
5. Summe C II.	13.017.762,79	258.000,00	-,-	-,-	-,-	-,-	13.275.762,79	13.970.009,06
C III. Sonstige Kapitalanlagen								
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.755.656.665,38	-,-	-,-	-,-	20.249.460,92	109.349.033,98	1.666.557.092,32	1.701.316.054,81
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	30.790.500,00	-,-	-,-	-,-	-,-	7.885.500,00	22.905.000,00	22.905.000,00
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	3.324.250,76	-,-	-,-	208.432,80	-,-	-,-	3.115.817,96	3.312.498,59
4. Sonstige Ausleihungen	449.595.312,50	18.000.000,00	-,-	-,-	-,-	-,-	429.248.421,39	442.468.983,71
a) Namensschuldverschreibungen	1.344.991.682,07	130.000.000,00	-,-	303.628.521,08	-,-	-,-	1.171.363.160,99	1.217.702.323,04
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
d) übrige Ausleihungen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
5. Einlagen bei Kreditinstituten	218.215.947,74	531.370.796,02	-,-	-,-	-,-	-,-	749.586.743,76	749.586.743,76
6. Andere Kapitalanlagen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
7. Summe C III.	3.802.574.358,45	679.370.796,02	-,-	342.183.844,99	20.249.460,92	117.234.533,98	4.042.776.236,42	4.137.291.603,91
Insgesamt	3.831.790.880,06	680.266.362,20	-,-	342.183.844,99	20.249.460,92	118.544.187,16	4.071.578.671,03	-,-

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu A. III. Gewinnrücklagen	2008	2007
Eigenkapitalquote	24,8 %	23,3 %
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	EUR	EUR
Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	70.674.000,00	67.413.000,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	<u>2.489.000,00</u>	<u>3.261.000,00</u>
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	<u>73.163.000,00</u>	<u>70.674.000,00</u>
4. Andere Gewinnrücklagen		
Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	102.326.000,00	80.587.000,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	<u>10.011.000,00</u>	<u>21.739.000,00</u>
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	<u>112.337.000,00</u>	<u>102.326.000,00</u>
Gesamt	<u>185.500.000,00</u>	<u>173.000.000,00</u>

Zu E. I. Beitragsüberträge

Die Beitragsüberträge betreffen ausschließlich die Auslandsreise-Krankenversicherung.

Die übertragungsfähigen Beiträge bzw. Beitragsentgelte der im Geschäftsjahr fällig gewordenen Beiträge wurden für jeden Vertrag einzeln, zeitanteilig für den über den Bilanzstichtag hinausgehenden Versicherungszeitraum, ermittelt. Die sich daraus ergebende Summe wurde um die nicht übertragungsfähigen Teile der Provisionen und sonstigen Bezüge der Vertreter gekürzt.

Zu E. II. Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung ist die Summe der grundsätzlich einzelvertraglich nach der prospektiven Methode berechneten Alterungsrückstellungen, wie in den technischen Berechnungsgrundlagen des Versicherers festgelegt. Dabei wurden die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen sowie die versicherungsmathematischen Methoden nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 VAG beachtet. Die Deckungsrückstellung enthält die der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommenen Einmalbeiträge sowie Zuschreibungen und Mittel aus dem gesetzlichen Zuschlag, die dem Aufbau einer Anwartschaft auf Beitragsermäßigung im Alter dienen, ferner den Anteil an der Deckungsrückstellung in der Pflegepflichtversicherung für die Versicherten der Postbeamtenkrankenkasse und für die Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (GPV).

Zu E. III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle umfasst die noch nicht gezahlten Aufwendungen für die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen Versicherungsfälle insoweit, als die Inanspruchnahme des Arztes, Krankenhauses o.ä. vor dem Bilanzstichtag liegt oder Tagegeld für Tage vor dem Bilanzstichtag gewährt wird. Diese Rückstellung wurde bezüglich der Krankenversicherung anhand eines statistischen Näherungsverfahrens ermittelt, bei dem von den Zahlungen für Versicherungsfälle des Berichtsjahres ausgegangen wurde, die im ersten Monat des nach dem Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahres erfolgten. Dieser Ausgangsbetrag wurde um einen Betrag erhöht, der sich aus den Erfahrungswerten der Zahlungen der letzten drei Geschäftsjahre für Versicherungsfälle der jeweiligen Vorjahre ergibt. Auswirkungen außergewöhnlicher Umstände wurden gesondert abgeschätzt. Auch für die Pflegepflichtversicherung wurde die Schadenrückstellung aufgrund von Erfahrungswerten gebildet.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu E. IV. Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung

Zerlegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
		Poolrelevante Rückstellung für Beitragsrückerstattung aus der Pflegepflichtversicherung	Betrag nach § 12 a Abs. 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes	Sonstiges
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Bilanzwerte Vorjahr	428.160.471,40	32.455.854,60	6.614.461,95	-,--
2. Entnahme zur Verrechnung	27.474.197,79	17.463.151,27	5.190.746,37	-,--
3. Entnahme zur Barausschüttung	67.232.990,19	-,--	-,--	-,--
4. Zuführung	62.952.225,70	4.270.954,14	-,--	-,--
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	396.405.509,12	19.263.657,47	1.423.715,58	-,--
6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 12 a des Versicherungsaufsichtsgesetzes: -,--				

In der erfolgsabhängigen RfB sind 132,4 Mio. EUR für Auszahlungen an Versicherte festgelegt.

Für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 wurde für schadenfrei gebliebene Versicherte jeweils folgende, nach der Dauer der Schadenfreiheit gestaffelte, erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung in den Tarifen für ambulante Heilbehandlung

100, 101, 102, 103, 105, 110, 120, 121, 150-180, 182, A(G), A(Z), II, III, in den Tarifen der Tarifgruppen T, A und G sowie in den Basistarifen, sofern diese mit dem Tarif 402 versichert sind, beschlossen. Die Beitragsrückerstattung bezieht sich jeweils auf die für das Vorjahr gezahlten Beiträge, wobei die Beiträge in den Tarifgruppen T, A und G sowie in den Basistarifen nur zu 65 % eingehen.

Der erreichbare Anspruch beträgt:		in 2009	
bei Schadenfreiheit für	Tarif 105, T4, G3	andere o.g. Tarife	
2008 (auch bei unterjährigem Beginn)	2/12	2/12	der Beiträge
2007-2008	2/12	3/12	der Beiträge
2006-2008	3/12	3/12	der Beiträge
2005-2008	3/12	3/12	der Beiträge
2004-2008	4/12	5/12	der Beiträge
2003-2008	5/12	6/12	der Beiträge (=50%)

Der erreichbare Anspruch beträgt:		in 2010	
bei Schadenfreiheit für	Tarif 105, T4, G3	andere o.g. Tarife	
2009 (auch bei unterjährigem Beginn)	2/12	2/12	der Beiträge
2008-2009	2/12	3/12	der Beiträge
2007-2009	3/12	3/12	der Beiträge
2006-2009	3/12	3/12	der Beiträge
2005-2009	4/12	5/12	der Beiträge
2004-2009	5/12	6/12	der Beiträge (=50%)

Für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 wurde eine erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung bei kostenbewusstem Verhalten in Höhe von 5 % der tariflichen Beiträge der substitutiven Krankheitskostenversicherung beschlossen.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu E. VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Bei dem hier ausgewiesenen Betrag handelt es sich im Wesentlichen um eine Rückstellung für zukünftige Versicherungsleistungen, die bereits von dritter Seite übernommen wurden. Des Weiteren ist hier eine Stornorückstellung ausgewiesen. Sie trägt dem Risiko eines überrechnungsmäßigen Stornos von bilanzierten negativen Deckungsrückstellungen Rechnung, die durch Zillmerung entstanden sind. Sie wurde näherungsweise, ausgehend von den negativen Teilen der Alterungsrückstellung, ermittelt. Weiterhin beinhaltet diese Position eine Rückstellung für den Poolausgleich in der Pflegeversicherung.

Zu G. I. Pensionsrückstellungen

Die Pensionsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von unverändert 6,0 % p.a. berechnet. Beträge, die aufgrund des steuerlichen Nachholverbotes zu berücksichtigen sind, liegen nicht vor.

Zu G. III. Sonstige Rückstellungen

EUR

a) Provisionen	169.000,00
b) Jubiläumsaufwendungen	128.583,00
c) Altersteilzeit	146.208,69
d) Jahresabschlusskosten	166.200,00
e) Berufsgenossenschaft	55.200,00
f) Urlaubsverpflichtungen	59.660,00
g) Übrige	9.000,00
	<u>733.851,69</u>

Die sonstigen nicht versicherungstechnischen Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt. Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Zu I. V. Sonstige Verbindlichkeiten

EUR

a) noch abzuführende Steuern	7.733.688,33
b) Sozialversicherungsbeiträge	1.411,53
c) aus Lieferungen und Leistungen	1.245.517,26
d) Übrige	49.827,26
	<u>9.030.444,38</u>

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Nennwert bewertet.

Zu K. Rechnungsabgrenzungsposten

EUR

a) Disagio Hypotheken- und Grundschuldforderungen	9.132,04
b) Disagio Namensschuldverschreibungen	117,01
c) Disagio Schuldscheinforderungen und Darlehen	4.853,81
Zwischensumme	<u>14.102,86</u>
d) im Voraus gutgeschriebene Beitragszahlungen	-,-
e) im Voraus erhaltene Mieten und Zinsen	61,20
	<u>14.164,06</u>

ANHANG

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge	2008 EUR	2007 EUR
aa) gebuchte Bruttobeiträge aus:		
aaa) Einzelversicherungen	749.004.260,44	742.192.093,48
bbb) Kollektivversicherungen	391.303,97	411.243,26
	<u>749.395.564,41</u>	<u>742.603.336,74</u>
bb) gebuchte Bruttobeiträge, untergliedert nach:		
aaa) laufenden Beiträgen	749.234.811,08	742.374.690,02
bbb) Einmalbeiträgen	160.753,33	228.646,72
	<u>749.395.564,41</u>	<u>742.603.336,74</u>
cc) gebuchte Bruttobeiträge aus:		
aaa) Krankheitskostenversicherungen	613.862.787,57	608.871.488,45
bbb) Krankentagegeldversicherungen	22.024.343,34	22.640.461,46
ccc) selbständigen Krankenhaustagegeldversicherungen	10.265.934,72	10.457.708,53
ddd) sonstigen selbständigen Teilversicherungen	54.091.326,85	53.140.638,89
eee) Pflegepflichtversicherungen	48.005.939,14	46.280.679,13
fff) Auslandsreisekrankenversicherungen	1.145.232,79	1.212.360,28
	<u>749.395.564,41</u>	<u>742.603.336,74</u>

Beitragszuschlag nach § 12 Abs. 4 a des Versicherungsaufsichtsgesetzes: 37.336.229,08 EUR

Zu I. 2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	EUR	EUR
a) Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		
Krankheitskostenversicherungen	27.474.197,79	57.133.881,58
Krankentagegeldversicherungen	-, -	44.055,92
selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	-, -	-, -
sonstige selbständige Teilversicherungen	-, -	62.655,36
Pflegepflichtversicherungen	-, -	-, -
	<u>27.474.197,79</u>	<u>57.240.592,86</u>
b) Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
Entnahmen aufgrund § 12 a Abs. 3 VAG	5.190.746,37	20.975.480,71
Pflegepflichtversicherungen	17.463.151,27	-, -
	<u>22.653.897,64</u>	<u>20.975.480,71</u>
	<u>50.128.095,43</u>	<u>78.216.073,57</u>

Zahl der versicherten natürlichen Personen	415.695	419.296
Die versicherten natürlichen Personen gliedern sich wie folgt:		
aa) Krankheitskostenversicherungen	208.864	209.299
bb) Krankentagegeldversicherungen	68.856	70.136
cc) selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	127.852	129.875
dd) sonstige selbständige Teilversicherungen	157.870	157.994
ee) Pflegepflichtversicherungen	230.136	231.590
ff) Auslandsreisekrankenversicherungen	76.032	74.079

ANHANG

	2008 EUR	2007 EUR
Rückversicherungssaldo	<u>-23.059,89</u>	<u>-42.811,14</u>
Persönliche Aufwendungen	2008 EUR	2007 EUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	12.769.845,91	12.727.197,29
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	220.156,66	212.299,27
3. Löhne und Gehälter	16.676.437,18	16.414.709,13
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	3.049.480,57	3.096.100,08
5. Aufwendungen für Altersversorgung	774.485,98	723.406,98
6. Aufwendungen insgesamt	<u>33.490.406,30</u>	<u>33.173.712,75</u>

Sonstige Angaben

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes betragen 745.654,77 EUR.

An inzwischen pensionierte Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene wurden Ruhegehaltsbezüge in Höhe von 181.824,96 EUR gezahlt.

Für die Tätigkeiten des Aufsichtsrates wurden 135.249,80 EUR aufgewandt. Laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen bestehen für die Mitglieder des Aufsichtsrates nicht.

Es wurden für die Pensionsverpflichtungen ehemaliger Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebenen 1.380.050,00 EUR zurückgestellt.

Hinsichtlich der Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand wird auf das Ende dieses Berichtes verwiesen.

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 446 Mitarbeiter beschäftigt, von denen 2 dem Außendienst und 444 dem Innendienst zuzurechnen sind. In der Zahl der Innendienstmitarbeiter sind 3 gewerbliche Mitarbeiter, 13 Auszubildende sowie 86 Teilzeitkräfte enthalten.

Lüneburg, den 24. April 2009

Landeskrankenhilfe V.V.a.G.
Der Vorstand
Prof. Dr. Zachow Klausner

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Landeskrankenhilfe V.V.a.G., Lüneburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 07. Mai 2009

Susat & Partner OHG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Wiechmann
Wirtschaftsprüfer

Weipert
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes während des Berichtsjahres laufend überwacht. Er hat sich in fünf Sitzungen sowie durch schriftliche und mündliche Berichte des Vorstandes regelmäßig und eingehend über die Lage und Entwicklung des Unternehmens sowie über wesentliche Vorgänge unterrichtet und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Außerdem wurde über Maßnahmen Beschluss gefasst, die aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Bestimmungen dem Aufsichtsrat obliegen oder seiner Zustimmung bedürfen. Neben grundsätzlichen Fragen der Geschäftspolitik wurden die Unternehmensplanung, der Geschäftsverlauf, die Risikolage und das Risikomanagement behandelt.

Die Buchführung, der Lagebericht und der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2008 sind von der in der Sitzung des Aufsichtsrates vom 21. Mai 2008 zum Abschlussprüfer bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft SUSAT & PARTNER OHG, Hamburg, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Alle Aufsichtsratsmitglieder haben die Berichte des Abschlussprüfers unverzüglich erhalten. Die Berichte sind in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates von den Wirtschaftsprüfern erläutert und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert worden. Dem Prüfungsergebnis hat der Aufsichtsrat nichts hinzuzufügen.

Den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008, den Jahresabschluss sowie die Überschussverwendung hat der Aufsichtsrat geprüft. Er hat keine Einwendungen erhoben und den Jahresabschluss gebilligt, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist.

Lüneburg, den 19. Mai 2009

Der Aufsichtsrat
Dr. Leupelt
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Dr. Hans-Jochen Leupelt, Wiemersdorf
Rechtsanwalt, Vorsitzender

Kurt Götzelmann, Eisingen
Betriebswirt

Joachim Ahlemann, Wuppertal
Rechtsanwalt, stellv. Vorsitzender

Dr. Wilhelm Martens, Tosterglope
Dipl. Landwirt,
bis 08.07.2008

Dr. Otto Hollje-Lüerssen, Oldenburg
Hauptgeschäftsführer i.R., stellv. Vorsitzender

Helmut Müller-Lanzl, Neuried
Apotheker

Dr. Michael Beetz, Pulheim-Brauweiler
Senior Investment Manager

Dr. Carl-Dieter Oschmann, Wiesbaden
Unternehmensberater

Jörg Gerdes, Lüneburg
Geschäftsführer,
ab 08.07.2008

Olaf Schuler, Hann. Münden
Erster Pol.-Hauptkom. a.D.

Vorstand

Prof. Dr. Ernst-Wilhelm Zachow, Lüneburg
Vorsitzender

Roland Klauser, Vögelsen

Sitz des Unternehmens

21335 Lüneburg, Uelzener Str. 120

Tel. (0 41 31) 7 25-0
Internet

Fax (0 41 31) 40 34 02
www.lkh.de

